



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Die europäische Idee im 21. Jahrhundert – Startschuss für ein neues Grundsatzprogramm der Europa-Union

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Das Hertensteiner Programm von 1946 ist das wegweisende Gründungsdokument der Europa-Union Deutschland und bis heute Vision und Kompass für unsere Arbeit geblieben. In diesem Dokument wurden weit reichende Ziele und Grundsätze für das künftige europäische Zusammenleben entworfen.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen ist es jedoch eine dringende Aufgabe, den europäischen Gedanken in einer neuen Weise mit Inhalt und Leben zu füllen.

Die Europa-Union Deutschland setzt es sich deshalb zum Ziel, in einem Grundsatzprogramm eine grundlegende Bestimmung der europäischen Idee im 21. Jahrhundert fortzuschreiben. Wir wollen ein Leitbild für unsere Arbeit an einem bundesstaatlich geeinten Europa entwickeln.

Das neue Grundsatzprogramm soll in der Breite des Verbandes erarbeitet werden. Die Kreisverbände, die Landesverbände und auch Jungen Europäischen Föderalisten sollen intensiv beteiligt werden. Zudem wollen wir mit dieser Debatte auch Menschen außerhalb der Europa-Union ansprechen und einbeziehen. Alle Gliederungen des Verbandes sind aufgerufen, sich mit Beiträgen und Veranstaltungen zu beteiligen. Erste Ergebnisse sollen 2011 – dem 65. Jubiläumsjahr des Hertensteiner Programms – vorgelegt werden. Das neue Grundsatzprogramm soll auf dem Bundeskongress 2012 feierlich verabschiedet werden.

An der Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogramms können sich alle interessierten Mitglieder beteiligen. Impulse bei der Erarbeitung der Inhalte und Ziele werden durch die bestehenden Arbeitsgruppen „Zukunft Europas“ und „Strategie und Verbandsentwicklung“ gesetzt. Zudem wird eine „Steuerungsgruppe Grundsatzprogramm“ eingerichtet, die die Aktivitäten im Verband koordiniert. In die Gruppe entsenden die Landesverbände je einen Verantwortlichen.



Europa (mit)gestalten!

Aktionsplan zum Europäischen Jahr 2011 der Freiwilligentätigkeit

vom Bundeskongress am 21.11.2010 zur Kenntnis genommen

Die Europäische Kommission hat am 3. Juni 2009 beschlossen, das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit“ auszurufen. Der Rat und das Europäische Parlament haben diesem Vorschlag zu Beginn des Jahres 2010 zugestimmt.

In der Europäischen Union sind Millionen von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig. Menschen aller Altersschichten leisten einen positiven Beitrag für die Gemeinschaft, indem sie einen Teil ihrer Freizeit in Organisationen der Zivilgesellschaft, in Jugendclubs, in Krankenhäusern, Schulen, Sportvereinen und viele andere Initiativen und Projekte investieren. Die Europäische Kommission sieht die Freiwilligentätigkeit als gelebte Bürgerbeteiligung, die gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt stärkt. Freiwilliges Engagement bietet auch die Chance, etwas hinzuzulernen, denn im Rahmen der ausgeübten Tätigkeiten können neue Fähigkeiten und Kompetenzen erworben und damit sogar die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Dies ist angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise besonders wichtig. Freiwilliges Engagement spielt in so unterschiedlichen Bereichen wie Bildung, Jugend, Kultur, Sport, Umwelt, Gesundheit, Sozialwesen, Verbraucherschutz, humanitäre Hilfe, Entwicklungspolitik, Forschung, Chancengleichheit und Außenbeziehungen eine maßgebliche Rolle.

Für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas bietet die Freiwilligentätigkeit viele aber noch in weiten Teilen ungenutzte Möglichkeiten. Durch das Europäische Jahr 2011 erhalten die Mitgliedstaaten, lokalen und regionalen Behörden sowie die Zivilgesellschaft Unterstützung bei der Umsetzung folgender Ziele:

1. Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten in der EU
2. Stärkung der Freiwilligenorganisationen und Verbesserung der Qualität von Freiwilligentätigkeiten
3. Honorierung und Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und
4. Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten.

Die Kommission erwartet vom Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, dass mehr Menschen sich ehrenamtlich engagieren und dass das Bewusstsein für den Mehrwert dieses Engagement gesteigert wird. Weiterhin soll die Verbindung von Freiwilligentätigkeiten auf lokaler Ebene und ihrer Bedeutung in einem umfassenderen europäischen Kontext hervorgehoben werden.

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit soll Freiwilligen und den entsprechenden Organisationen aus ganz Europa die Möglichkeit geboten werden, zusammenzutreffen und sich über in anderen Ländern bewährte Verfahren auszutauschen. Auch können die staatlichen Stellen mehr über Freiwillige erfahren und freiwilliges Engagement erleichtern. Bürgerinnen und Bürger, die wenig über Freiwilligentätigkeiten wissen, sollen damit vertraut gemacht und ermuntert werden, sich vielleicht eines Tages ebenfalls freiwillig zu engagieren. Und schließlich sollen die Freiwilligen dank des Europäischen Jahres mehr Anerkennung erhalten.

Die Europa-Union Deutschland begrüßt ausdrücklich die Initiative der Europäischen Kommission, im Jahr 2011 mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit in besonders hervorgehobener Weise für bürgerschaftliches Engagement und insbesondere für europäisches Ehrenamt zu werben und wird diese aktiv unterstützen!



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Die Europa-Union Deutschland wird zu diesem Zweck im Jahr 2011 bei der Konzeption und Durchführung ihrer Veranstaltungen und Projekte einen besonderen Schwerpunkt dem Thema „Europäische Freiwilligentätigkeit und interkulturelles Engagement“ widmen. Gleichzeitig werden alle Ebenen innerhalb der Verbandsstruktur der Europa-Union Deutschland dazu angeregt, im Jahr 2011 ihre Aktivitäten auch unter das Motto „Europa (mit)gestalten!“ zu stellen.

Europa gestalten!

Heute schon bietet die Europäische Union zahlreiche Möglichkeiten, sich als Organisation, Unternehmen oder einzelner Bürger in europapolitische Diskussionsprozesse einzubringen. Unter dem Motto „Ihre Stimme für Europa“ können in Konsultationen und Diskussionen Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu Initiativen der Europäischen Kommission einbringen. Aber auch andere Institutionen der EU, wie das Europäische Parlament, der Ausschuss der Regionen und der Wirtschafts- und Sozialausschuss bieten schon allein durch den direkten Kontakt zu seinen Mitgliedern, sich in europäische Diskussions- und Entscheidungsprozesse mit seiner Meinung einzubringen.

Leider sind sowohl die Institutionen wie auch konkreten Personen und damit die bereits vorhandenen Instrumente der Beteiligung bei den Bürgerinnen und Bürgern wenig bekannt und daher werden letztere auch zu selten genutzt. Dies mag auch an einer Art Überangebot und inzwischen unüberschaubaren Strukturierung von Informationen über Europa, die EU und europäische Politik liegen. Ein Überangebot an Information und das Gefühl der Ohnmacht gegenüber politischen Entscheidungen scheint aber auch zu einem Rückzug aus bürgerschaftlichen Engagement und gesteigertem Desinteresse zu führen.

Die Europa-Union Deutschland will das Jahr 2011 bevorzugt dazu nutzen, diesem Negativtrend entgegenzutreten und die Bürgerinnen und Bürger gezielt auf ihre Möglichkeiten der Beteiligung am Europäischen Integrationsprozess hinzuweisen und zu einer aktiven Mitwirkung zu gewinnen

Bürgerinitiative nutzen!

Mit dem am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union ein neues Instrument geschaffen, Bürgerinnen und Bürgern aktiv die Möglichkeit zur Einflussnahme auf europapolitische Entscheidungsprozesse zu nehmen. Die Europäische Bürgerinitiative ist ein wichtiger Schritt hin zu basisdemokratischen Strukturen der Europäischen Union und echter Bürgerbeteiligung. Die Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative darf daher nicht mit Hürden versehen werden, die der Zivilgesellschaft es erschweren, aktiv am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Hinzu kommt, dass europäische Politik aktiver und nachvollziehbarer von ihren Akteuren kommuniziert werden muss, damit frühzeitig Initiativen aus der Zivilgesellschaft eingebracht werden können.

Die Europa-Union Deutschland sieht es daher auch im Jahr 2011 als ihre besondere Aufgabe an, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger die Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative für die Zivilgesellschaft realistisch und praktikabel einzufordern, auf dieses neu geschaffene Instrument und seine Möglichkeiten und Funktionsweise insbesondere hinzuweisen und durch eine gezielte Maßnahmen auf allen Ebenen des Verbandes die Europakommunikation nachhaltig zu stärken!

Jugendengagement fördern!

Europäische Freiwilligentätigkeit und bürgerschaftliches Engagement im Sinne der Ziele der Europa-Union Deutschland kann nur dann nachhaltig gesichert und ausgebaut werden,



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

wenn insbesondere das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gefördert wird. Dabei sind heute völlig andere Rahmenbedingungen bezüglich der Art und Weise von Engagement und die Motivation dazu zu als noch vor wenigen Jahren zu berücksichtigen. Im zusammenwachsenden Europa und beeinflusst durch Entwicklungen wie die Globalisierung sehen junge Menschen sich einem stärkeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Allerdings bietet die Entwicklung von modernen Medien und Kommunikationsmöglichkeiten zahlreiche Chancen zum Engagement, die es sinnvoll und effektiv zu nutzen gilt.

Die Europa-Union Deutschland will daher gemeinsam mit ihrer Jugendorganisation Junge Europäische Föderalisten Deutschland insbesondere junge Menschen ansprechen und diese für ein europäisches Engagement zu gewinnen. Dabei können beispielsweise auch Einrichtungen wie der Verein „Friends of JEF“, der es sich zum Ziel gemacht hat, konkrete Projekte der europäischen Jugendarbeit zu unterstützen, ein geeignetes Forum zur Förderung von jugendgerechten Projekten sein.

Grenzüberschreitend kooperieren!

Europäisches Engagement und Initiativen für ein gemeinsames Europa können nur dann erfolgreich sein, wenn sie in Kooperation mit Freunden und Gleichgesinnten in ganz Europa stattfinden. Daher kommt einer grenzüberschreitenden Kooperation zur Erreichung der Ziele der Europa-Union Deutschland eine besondere Bedeutung zu. Eine wichtige Rolle kann dabei das Engagement der Europa-Union Deutschland mit allen ihren Ebenen im Rahmen ihres europäischen Dachverbandes „Union Europäischer Föderalisten (UEF)“ haben. Die UEF hat in über 20 europäischen Staaten Mitgliedsverbände, die sich für dieselben Ziele einsetzen. Dennoch ist festzustellen, dass die UEF in vielen Ländern Europas und auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht oder nur schwach strukturiert ist.

Die Europa-Union Deutschland will mittels einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dabei helfen, in allen EU-Mitgliedsstaaten, EU-Kandidatenstaaten und weiteren Staaten in Europa eine pro-europäisch aktive Zivilgesellschaft zu initiieren. Dabei können sich die Verbandsgliederungen bzw. die bestehenden Parlamentariergruppen der Europa-Union Deutschland durch das Nutzen bestehender Kontakte über regionale und kommunale Partnerschaften nachhaltig einbringen. Insbesondere im Jahr 2011 sollen die zahlreichen Bildungs- und Kulturreisen im Rahmen der Europa-Union-Verbände unter dem Motto „Europäer begegnen Europäern“ stehen.

Europäisches Ehrenamt ehren!

Angesichts zahlreicher Herausforderungen an die europäische Politik ist ein zusammenwachsendes Europa stärker als je zu zuvor angewiesen auf das ehrenamtliche Engagement und den freiwilligen Einsatz seiner Bürgerinnen und Bürger. Solcher Einsatz findet oft im Stillen und ohne Erwartungen an den Staat oder die Gesellschaft statt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten aber auch die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen verfügen in unterschiedlicher Intensität und Ausgestaltung über Möglichkeiten, ehrenamtliches Engagement zu würdigen.

Die Europa-Union Deutschland regt daher nachdrücklich an, das Europäische Jahr 2011 zur Würdigung von ehrenamtlichem Engagement zu nutzen, welches das Zusammenwachsen Europas, die grenzüberschreitende und interkulturelle Kooperation und die Schaffung eines europäischen Bewusstseins gefördert hat. Hier will die Europa-Union Deutschland einerseits die eigenen Instrumente nutzen, gleichzeitig aber auch die zuständigen Entscheidungsträger in Deutschland, den Bundesländern und Kommunen dazu auffordern, bei ihrer jeweiligen Auswahl von zu ehrendem Engagement dies besonders zu berücksichtigen.



Konkret werden!

Die Europa-Union Deutschland will Europa nachhaltig (mit)gestalten und daher sollen im Rahmen einer begleitenden Kampagne zum Europäischen Jahr 2011 der Freiwilligentätigkeit folgende konkrete Aktivitäten realisiert werden:

- Bündelung von relevanten Informationen über europäische Themen und diesbezügliche Dokumentation (Schwerpunkt virtuell, aber auch klassisch)
- Inhaltliche Musterkonzeption von Informationsveranstaltungen auf regionaler und lokaler Ebene
- Informationsmaterial für bestimmte Zielgruppen (z.B. Jugend, Wirtschaft, Bildung, Kommunale u.v.m.)
- Zusammenstellung einer Liste mit Referenten aus den eigenen Reihen zu europäischen Themen, insbesondere der EU-Bürgerbeteiligung und der Europäischen Bürgerinitiative
- Erstellen eines Informationsangebots im Rahmen der Homepage des Bundesverbandes mit besonderen Hinweisen zu Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen zu Konsultationen und Diskussionen der EU
- Erstellen eines Informationsangebots im Rahmen der Homepage des Bundesverbandes zur Europäischen Bürgerinitiative (mit praktischen Hinweisen zur Durchführung einer solchen Initiative)
- Besondere Berücksichtigung der Themen „EU-Bürgerbeteiligung“ und „Europäische Bürgerinitiative“ bei Veranstaltungen im Jahr 2011
- Verbandsmotto zur Europawoche „Europa nachhaltig kennenlernen“
- Musterartikel/-Pressemitteilungen zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, zur Bürgerbeteiligung in der EU und der Europäischen Bürgerinitiative für regionale und lokale Verbände der Europa-Union zur Einbringung in regionale und lokale Medien
- Anregung zur Initiative von lokalen JEF-Verbänden durch die jeweils existente lokale Europa-Union (Anwendung der offenen Methode der Koordinierung, besondere Dokumentation der Erfolge)
- Anregung zur verstärkten Kooperation mit UEF-Partnerverbänden bei Informations- und Bildungsreisen sowie ein Informationsangebot über UEF-Kontakte im Rahmen des Internetauftritts des Bundesverbandes
- Anregung an die Mitglieder der Parlamentariergruppen der Europa-Union auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene ihre jeweiligen Kontakte und Kooperationen mit Parlamentariern aus anderen europäischen Staaten zu nutzen, diese für europäisches Engagement in ihrer Heimat zu gewinnen
- Musterschreiben an politische Entscheidungsträger zur Anregung und verstärkten Berücksichtigung europäischen Engagements bei Vorschlägen für Ehrungen und Auszeichnungen (zur Nutzung von Europa-Union-Verbänden auf regionaler und lokaler Ebene)



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Europäischer Wettbewerb in seiner Breitenwirkung erhalten

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die Europa-Union Deutschland misst dem europaweit verankerten und von ihr mitgetragenen Europäischen Wettbewerb als dem mit Abstand größten politisch motivierten Schülerwettbewerb in Deutschland für die Stärkung des europäischen Bewusstseins der jungen Generation, die Völkerverständigung und die Verbreitung der europäischen Idee seit vielen Jahren große Bedeutung bei.

Sie nimmt daher mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die vom Lenkungsausschuss der Kultusministerkonferenz beschlossene Umstrukturierung und Neuerung 2010 bundesweit zu einem massiven Rückgang der Teilnehmerzahl um mehr als 50 Prozent von zuletzt 162.000 auf 75.000 geführt haben.

Die Landesverbände der Europa-Union Deutschland werden aufgefordert, sich bei den Kultusministern und der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass der Europäische Wettbewerb als Beitrag zur Europabildung in der Schule in seiner Breitenwirkung erhalten bleibt und seiner Bedeutung entsprechend mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet ist. Das Präsidium der Europa-Union wird aufgefordert, die Aktivitäten der Länder nach Kräften und in Partnerschaft mit der Europäischen Bewegung Deutschland zu unterstützen.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Förderung der europäischen Identität bei Jugendlichen durch Maßnahmen im Bildungsbereich

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die Bundesregierung, die Kultusministerkonferenz und die Schulministerien der Länder werden aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, um in der jungen Generation ungeachtet der individuellen Herkunft eine europäische Identität zu stärken.

Der Bundeskongress sieht dazu den Bildungsbereich als besonders geeignet an, insbesondere durch:

1. Aktive Förderung und Ausbau bilingualer Bildungsangebote bzw. entsprechender Initiativen im Kita- und Schulbereich, vor allem - aber nicht nur - in grenznahen Regionen mit europäischer Nachbarschaft. Hierzu sind mehr Unterrichtsmaterialien bereitzustellen und Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte zu schaffen.
- 2.. Die aktive Gewinnung von muttersprachlichen Pädagog/inn/en für die an Deutschlands Schulen unterrichteten europäischen Fremdsprachen, da diese das sprachliche, das landeskundliche und vor allem interkulturelle Lernen im Kita- und Schulbereich stärken und beleben können.
3. Die Schaffung von an die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur angepassten Regelungen und Förderungen für den Schulbesuch im europäischen Ausland.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Freizügigkeit für Arbeitnehmer/innen zwischen Polen und Deutschland

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die Europa Union Deutschland begrüßt die Verwirklichung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer/innen ab Mai 2011 auch zwischen Deutschland und Polen. Sie betont, dass die Freizügigkeit für viele Bürgerinnen und Bürger unseres östlichen Nachbarlandes eine Chance bedeutet. Nachdem die Niederlassungsfreiheit der Selbständigen und die Kapitalverkehrsfreiheit bereits seit 2004 verwirklicht wurden, ist es ein wichtiger Schritt, dass nunmehr die Freizügigkeit auch für Arbeitnehmer/innen gilt und für alle, die Arbeit suchen oder ihre Arbeitstätigkeit beendet haben.



Für eine stärkere Rolle der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages vor einem Jahr hat die Europäische Union die institutionellen Voraussetzungen dafür geschaffen, eine stärkere gemeinsame Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Die Neuerungen bieten insbesondere die Chance, das auswärtige Handeln Europas kohärenter und transparenter zu machen.

Die Europa-Union Deutschland verbindet damit die Zuversicht, dass Europa auf der internationalen Bühne immer öfter mit einer Stimme spricht und sowohl den europäischen Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Dienst erweist, als auch für Gerechtigkeit, Menschenrechte, Demokratie und Frieden noch wirksamer eintritt. Die Europa-Union Deutschland begrüßt ausdrücklich den baldigen Arbeitsbeginn des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), von dem wir einen Zugewinn an Kohärenz und Durchsetzungsfähigkeit erwarten.

Die internationale Politik im 21. Jahrhundert wird für Europa große Herausforderungen mit sich bringen. Neu aufsteigende Mächte verschieben Einflussbalancen und Handlungshorizonte. Europa braucht gemeinsam getragene strategische Partnerschaften, um seine Interessen zu verfolgen, europäische Selbstbehauptung zu ermöglichen und zur "global governance" im Sinne der von Europa verfochtenen universellen Werte wirksam beizutragen. Dies wird die EU nur leisten können, wenn die Mitgliedsländer sich aktiv zu einem Zusammenwirken dafür entschließen.

Die Europäische Union hat gute Erfahrungen mit Konfliktprävention und Konfliktmanagement. Sie ist vorrangig als Zivilmacht aktiv und kann auf viele erfolgreiche Missionen zurückschauen. Von 24 Missionen waren 16 zivil, 7 militärisch und eine zivil-militärisch. In der Lissabon-Ära muss die EU die entsprechenden Erfahrungen auswerten, für künftige Missionen klare Prioritäten erarbeiten, und regelmäßig prüfen, ob bei Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eine Kooperation mit Drittstaaten möglich ist. Zu begrüßen wäre auch, wenn GSVP-Missionen in Zukunft in enger Kooperation und unter Mandaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattfinden könnten.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll auf die erfolgreiche Politik der nun verschwindenden Generaldirektion RELEX der Europäischen Kommission im Bereich friedensschaffende Maßnahmen, Konfliktprävention und Konfliktnachsorge aufbauen und das kompetente Personal als Team in die neuen Strukturen integrieren. Zwischen polizeilichen und militärischen GSVP-Missionen und der langfristigen Entwicklungshilfe, die bei der Kommission verbleibt, muss eine haltbare Brücke geschlagen werden und eine Verzahnung von Politiken gelingen.

Zudem kann die Europäische Union bei Sicherheit und Verteidigung weitere Integrationsschritte machen. Durch den Lissabon-Vertrag haben wir die Solidaritätsklausel, die das Thema der gemeinsamen Verteidigung aufwirft. Zudem gibt es nun die Möglichkeit der Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit, die wie der Ausbau der bestehenden europäischen Eingreifreserven einen weiteren Impuls zur Harmonisierung im Verteidigungssektor liefern kann.

Die Europa-Union Deutschland ruft die EU-Verteidigungsminister auf, diese Möglichkeit zu Synergien gerade angesichts knapper Kassen und deutlichen Kürzungen der nationalen Verteidigungsetats zu nutzen. Mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, dem NATO-Gipfel in Lissabon und dem OSZE-Gipfel in Kasachstan - alle Ende diesen Jahres - werdend



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

die Pfeiler für die europäische Sicherheitsarchitektur neu justiert. Die Europa-Union Deutschland begrüßt deswegen ausdrücklich die Entschließung des Europäischen Parlamentes zur Rolle der OSZE vom 11. November 2010 und schließt sich der Forderung an, die Beziehungen zwischen OSZE und EU zu vertiefen, sowohl im Bereich von Demokratie und Menschenrechte, als auch im Bereich von Friedensmissionen.

Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der EU hat in der Vergangenheit große Beiträge zu Frieden und Stabilität in Europa geleistet. Deshalb muss sie entsprechend der sich verändernden Bedingungen weiter entwickelt werden.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Harmonisierung des Europäischen Wahlrechtssystems

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Der Bundeskongress fordert die Bundesregierung auf, alle erforderlichen Maßnahmen im Europäischen Rat zu ergreifen, die dazu führen, die Änderung hinsichtlich der Harmonisierung des Europäischen Wahlrechtssystems sowie der Einführung von Präferenzstimmen und transnationaler und offener Listen bis zur nächsten Europawahl im Jahre 2014 zu gewährleisten.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Krisenmanagement der EU

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die Europäische Kommission wird aufgefordert, künftig bei Eintritt eines wichtigen Ereignisses, dessen Bewältigung dringend einer koordinierten Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Union bedarf (z. B. Vulkanausbruch, Tschernobyl - 1986), unverzüglich tätig zu werden und dem Europäischen Parlament sowie dem Ministerrat Vorschläge für ein sofortiges und wirksames Handeln zu unterbreiten.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Mehr Einsatz für die Europäische Einigung!

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die Europa-Union Deutschland appelliert an die Bundesregierung, die Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament, verstärkt öffentlich für die Europäische Einigung einzutreten, gerade weil das Projekt Europa an öffentlicher Unterstützung verloren hat. Dabei sollen sachliche Argumente - z. B., dass die EU Deutschland in vielfältiger Weise nutzt und unser Wohlstand und Frieden auch von der EU abhängt - hervorgehoben werden. In der gegenwärtigen Integrationskrise sieht die Europa-Union auch eine Chance, denn die Notwendigkeit einer verstärkten Integration in der Wirtschaftspolitik liegt auf der Hand. Dies wird auch von der großen Mehrheit der Bürger/innen in Deutschland und den meisten EU-Staaten gefordert. Wir fordern daher dazu auf, mutig und weit blickend für eine Wirtschafts- und Sozialunion einzutreten, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken und auf breiter gesellschaftlicher Basis eine politische Diskussion um Deutschland in Europa und Europas Zukunft - mit dem Ziel eines europäischen Bundesstaates - zu beginnen.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Recht auf freie Religionsausübung

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die Europa-Union Deutschland fordert die Europäische Kommission und die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes auf, sich für die Achtung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit in aller Welt und besonders für die Beseitigung der Diskriminierung von Religionsgemeinschaften einzutreten.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Sitz der Europa-Union Deutschland im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Da die Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses auf Vorschlag der Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit vom Rat ernannt werden, fordert der Bundeskongress die Bundesregierung und den Bundesrat auf, der Europa-Union Deutschland als Vertreter der organisierten proeuropäischen Zivilgesellschaft und Mittler der sich für ein vereinigtes Europa ehrenamtlich engagierenden Bürgerinnen und Bürger, dieser im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss Sitz und Stimme zu verleihen.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Ursachen der Finanzkrise bekämpfen!

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.11.2010

Die angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise aufgelegten Rettungspakete waren notwendig und beispiellos. Sie bekämpfen aber nur Symptome der Krise, nicht ihre Ursachen. Die Europa-Union Deutschland wendet sich an die politisch Verantwortlichen aller Ebenen, besonders auch an die Parlamentariergruppen im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament, sich mit Nachdruck für die Beseitigung von Ursachen der Krise bzw. sie begünstigender Umstände einzusetzen. Vorrangig muss es darum gehen,

- den Widerspruch zwischen vergemeinschafteter Währungspolitik und den nur unzureichend koordinierten nationalen Wirtschaftspolitiken zu beseitigen,
- den Stabilitäts- und Wachstumspakt den aktuellen Erfordernissen anzupassen und konsequent durchzusetzen,
- die spekulativen Geschäfte von Banken zurückzudrängen.